

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(122. - öffentliche - Sitzung am 30. September 2021)

Beratungsthemen:

1. **Kommunalbericht 2021**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landesrechnungshofs - [Drs. 18/9950](#)

Der Ausschuss nahm die Vorstellung des Berichts sowie eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände entgegen.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 03** - Ministerium für Inneres und Sport - und den **Einzelplan 20** - Hochbauten - unter Einbeziehung der Mipla 2021 - 2025. Er führte die Einzelberatung durch.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 17** - Landesbeauftragte für den Datenschutz - unter Einbeziehung der Mipla 2021 - 2025. Er schloss die Einzelberatung ab.

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7643](#)

dazu: Eingabe 02271/02/18

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9075](#)

dazu: Eingaben 02632/02/18, 02658/02/18, 02662/02/18, 02695/02/18, 02793/02/18, 02794/02/18 und 02954/02/18

Der - federführende - Ausschuss setzte die Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Grundlage der Vorlage 15 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes sowie unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags der Fraktionen der SPD und der CDU in Vorlage 18 fort. Er beschloss, den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesem Änderungsvorschlag bis zur Beratung im - mitberatenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zu

geben. Die Fraktionen der SPD und der CDU stellten ferner ihren Änderungsvorschlag in Vorlage 14 insoweit zurück, als er die Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes betrifft, und kündigten an, diesen Punkt im Rahmen eines späteren Gesetzgebungsverfahrens wieder aufzugreifen.

Der Ausschuss schloss die Beratung zu den Gesetzentwürfen unter a) und b) ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter a) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: Grüne

Enthaltung: FDP

Der Ausschuss empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf der Landesregierung unter b) in der Fassung der Vorlage 15 unter Berücksichtigung der Vorlage 18 mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Bernd-Carsten Hiebing (CDU).

Der Ausschuss empfahl einmütig, die in die Beratung einbezogenen Eingaben mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes für erledigt zu erklären und die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

5. **Afghanistan: Leben retten, Loyalität erwidern, Schutzbedürftige aufnehmen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9883](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Antrag zu bitten.